

0 Executive Summary

Die seit Jahren laufende Debatte über das Niveau und die Entwicklung öffentlicher und privater Investitionen in Deutschland hat sich im Spätsommer 2014 noch einmal zugespitzt. Das gilt sowohl für die innerdeutsche Debatte als auch für die Forderungen aus den Reihen der EU-Partner, Deutschland möge mit einer Steigerung der Investitionen die Nachfrage beleben und damit der Wirtschaft in der Euro-Zone helfen. Unumstritten ist der Nachholbedarf an Infrastruktur-Investitionen, unterschiedliche Meinungen gibt es jedoch über das Vorhandensein und das Ausmaß einer Investitionsschwäche im privaten Sektor.

Vor dem Hintergrund der Debatte beschäftigt sich diese vom DIW Berlin und dem Handelsblatt Research Institute für den Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft erstellte Studie mit der Entwicklung der privaten Investitionen in Deutschland. Sie überprüft zunächst die von verschiedenen Stellen angegriffene These von der Investitionsschwäche und formuliert dann auf der Grundlage der Analyse Empfehlungen für die Politik.

Die Analyse ergibt, dass die private Investitionstätigkeit in Deutschland sowohl im historischen als auch im internationalen Vergleich relativ niedrig ausfällt. Dies gilt auch, wenn in der Analyse länderspezifische Besonderheiten wie der wirtschaftliche Entwicklungsstand und die demografische Situation berücksichtigt werden und wenn die Bauinvestitionen herausgerechnet werden. Auch Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur erklären den Investitionsrückstand Deutschlands gegenüber anderen Staaten nicht. An dem Rückstand ändert auch die jüngste Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wenig. Sie hat zwar die Investitionsquote, also die Höhe der Investitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erhöht, aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern.

Es gibt also gute Gründe, von einer Investitionsschwäche in Deutschland zu sprechen. Das sieht, wie eine exklusive Umfrage ergab, auch eine Mehrheit der Führungskräfte deutscher Unternehmen so. Dieser Befund ist umso bedenklicher, wenn man die demografische Entwicklung berücksichtigt, die Deutschland in den kommenden Jahrzehnten zu bewältigen hat. Um in einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung das Potenzialwachstum zu halten, wäre es notwendig, die Arbeitsproduktivität zu steigern. Dafür ist aber ein moderner Kapitalstock notwendig. Die dynamische Betrachtung liefert also die Rechtfertigung für politische Maßnahmen zur Stärkung der privaten Investitionen.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erhöhung der Investitionen in Deutschland lassen sich in grob in drei Kategorien untergliedern:

1. Der Staat selbst kann mehr investieren und mit einer guten Infrastruktur das Fundament für private Investitionen zur Verfügung stellen.
2. Der Staat kann eine konsequent wachstumsfreundliche Wirtschaftspolitik gestalten. Dadurch kann er mittelfristig das Potenzialwachstum steigern und private Investitionen indirekt fördern.
3. Der Staat kann private Investitionen direkt fördern.

Vor diesem Hintergrund werden folgende Maßnahmen empfohlen:

Ad 1. Der Staat sollte mehr in den Erhalt und die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur investieren. Vor jedem Ausbau muss aber eine gründliche Analyse stehen, welche Infrastruktur in welchen Regionen in 20 Jahren tatsächlich gebraucht wird. Der Schwerpunkt der Investitionen sollte auf dem

Erhalt der Infrastruktur und der Erweiterung der Kapazitäten durch den Einsatz moderner Technologien wie Verkehrsleitsysteme liegen. Ein möglichst flächendeckender Ausbau der Breitbandnetze bietet eine wichtige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im digitalen Zeitalter. Die Finanzierung solcher Infrastruktur-Projekte sollte verstärkt für private institutionelle Investoren geöffnet werden.

Ad 2. Der Staat sollte eine wachstumsfreundliche Wirtschaftspolitik betreiben. Die erste Voraussetzung für die Förderung von Investitionen ist, dass die Politik konsistent und verlässlich handelt und auf abrupte Kurswechsel wie in der Energiepolitik und der Rentenpolitik verzichtet. Drei Handlungsfelder erscheinen für die kommenden Jahre besonders wichtig:

- a. Planungs- und Finanzierungsbedingungen: Die Politik kann nur in begrenztem Ausmaß Einfluss auf das gesellschaftliche Klima nehmen, das großen Investitionsvorhaben gegenüber generell skeptisch ist. Sie kann aber Planungs- und Genehmigungsverfahren unter früher Einbeziehung der Mitspracherechte der Bürger beschleunigen. Außerdem kann sie die Finanzierungsbedingungen verbessern. Hier sind vor allem die Verfügbarkeit von Wagnis- und Wachstumskapital als Handlungsfelder zu nennen.
- b. Energiepolitik: Die Regierung muss für verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in die Energiewende sorgen, aber auch darauf achten, dass die steigenden Stromkosten nicht zur Verlagerung von Investitionen ins Ausland führen. Mit einer stärkeren Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz könnte sie sowohl dem Umweltschutz als auch der Steigerung der Investitionstätigkeit dienen.
- c. Arbeitsmarktpolitik: Die Regierung sollte die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Deutschland sein schrumpfendes Arbeitskräftepotenzial in den kommenden Jahrzehnten besser ausnutzen kann. In der Familienpolitik sollten einerseits der Ausbau der Kinderbetreuungs-Infrastruktur fortgesetzt und andererseits Fehlanreize beseitigt werden. In der Bildungspolitik muss das Hauptaugenmerk darauf liegen, die Bildungsreserven zu heben. Der Anteil der Schüler ohne Schulabschluss muss sinken.

Ad 3. Der Staat sollte gezielt private Investitionen fördern, dies aber mit möglichst breit wirkenden Maßnahmen und nicht durch Subventionen für einzelne Branchen oder Technologien. Eine Verbesserung der Abschreibungsbedingungen könnte Unternehmen zu mehr Investitionen reizen. Dafür gibt es zwei Möglichkeiten: Eine Reform der Afa-Tabellen mit einer Verkürzung der steuerlichen Nutzungsdauer vieler Anlagegüter und die Wiedereinführung der degressiven Abschreibungen. Dauerhaft wirksam wäre eine investitionsfreundliche Unternehmensteuerreform, wie sie im Ansatz auch vom Sachverständigenrat 2012 vorgeschlagen worden ist.